fest, dass PV-Ausschreibungen bislang als eine „Erfolgsgeschichte“ angesehen werden könnten. Technologieübergreifende Ausschreibungen würden jedoch das Risiko bergen, lediglich eine wirtschaftlich überlegene Technologie auszuwählen. Voraussetzung für ein technologieoffenes Ergebnis seien eine Konvergenz der Vergütungshöhen sowie eine Angleichung der Vorleistungsrisiken. Ob die durch technologiespezifische Ausschreibungen angereizte Kosteneffizienz auch bei technologieübergreifenden Ausschreibungen greife, hänge insofern von dieser Konvergenz/Angleichung ab.

Bezüglich der Technologieoffenheit und Akteursvielfalt unterstrich *Leprich*, dass die Akzeptanz der Energiewende in Deutschland zu einem guten Teil auf der Vielfalt der Akteure beruhe. Die Einführung von Ausschreibungen berge jedoch gerade für kleine Akteure gewisse Risiken. Vor diesem Hintergrund ging *Leprich* kritisch auf diverse Maßnahmen zum Erhalt der Akteursvielfalt und die besonderen Ausschreibungsbedingungen für Bürgerenergiegesellschaften ein. Da es gemäß EEG 2017 Ziel sei, die Akteursvielfalt zu wahren, müsste mit Kriterien gearbeitet werden, anhand derer die Akteursstruktur fundiert untersucht werden könne. Abschließend machte der *Referent* eine Zusammenfassung der verschiedenen Risiken von technologieübergreifenden Ausschreibungen. Mit Fokus auf die Kosteneffizienz adressierten die technikübergreifenden Ausschreibungen eher ein kleines „Pro-

blem“, würden gleichzeitig aber große Risiken bergen; die Kosteneffizienz sei bei den technologiespezifischen Ausschreibungen bereits ausreichend adressiert. Aktuell müsste der Fokus auf einen massiven Zubau sowohl von Wind als auch von PV gelegt werden; eine Konkurrenz beider Technologien sei nicht zielführend. *Leprich* resümierte, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass technikübergreifende Ausschreibungen unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll seien – dies sei jedoch frühestens nach 2025 der Fall.

Neben diesen sehr aktuellen Fachvorträgen entwickelten sich im Rahmen einer abschließenden Podiumsdiskussion mit *Michael Class* (juwi AG), *Prof. Dr. Uwe Leprich*, *Ove Petersen* (GP JOULE GmbH) und *Jan-Kristof Wellershoff* sowie auch bilateral unter den Teilnehmern lebhaft Debatten zu den neu aufgeworfenen Fragen.

Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Organisatoren ihrem Anliegen einer informativen Tagung sowie eines intensiven fachlichen Austauschs vorbildlich gerecht wurden. Die Interdisziplinarität trug ihr Übriges dazu bei, dieses komplexe und politisch brisante Thema der technologieneutralen Ausschreibungen sehr gewinnbringend und gut verständlich aufzubereiten.

Gespannt kann daher die nächste Tagung, die am 18. Oktober 2017 in Würzburg zum Thema „Energiewenderecht 2021 – Entwicklungsperspektiven in der neuen Legislaturperiode“ stattfinden wird, erwartet werden.

BUCHBESPRECHUNGEN

<https://dx.doi.org/10.1007/s10357-017-3220-2>

Grundrechte für Tiere

Saskia Stucki, Nomos Verlag, Baden-Baden 2016 (Fundamenta Juridica – Beiträge zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, Band 69, 445 S., ISBN 978-3-8487-2795-7, €114,00)

Das Werk enthält eine Kritik des geltenden Tierschutzrechts und die rechtstheoretische Grundlegung von Tierrechten im Rahmen einer Neupositionierung des Tieres als Rechtssubjekt.

In ihrem von der Universität Basel als Dissertation angenommenen Werk untersucht Saskia Stucki das in jüngerer Zeit auch in der Rechtswissenschaft größere Aufmerksamkeit erlangende Thema der Tierrechte. Als Ausgangspunkt ihrer Arbeit analysiert Stucki die ethischen Grundlagen des geltenden Tierschutzrechts und seine konkrete rechtliche Ausgestaltung. Überzeugend arbeitet Stucki als Kernproblem des geltenden Tierschutzrechts heraus, dass sich dieses nicht am intrinsischen Eigenwert und Schutzbedürfnis des Tieres orientiert, sondern nur einen sehr unbeständigen, durch den extrinsischen Nutzungszweck des Tieres begrenzten Schutz gewährt.

Zur Überwindung dieses systemischen Defizits schlägt Stucki einen Paradigmenwechsel vom objektiv- zum subjektivrechtlichen Tierschutz vor. Durch die Aufhebung des Eigentumsstatus des Tieres und dessen Neupositionierung als Rechtssubjekt und Rechtsträger sollen die systemischen Defizite der rechtlichen Ausgestaltung des

Verhältnisses von Menschen und (nichtmenschlichen) Tieren überwunden werden. Konzeptionell soll die Rechtsträgerschaft von Tieren durch die Schaffung der „tierlichen Person“ als dritte Form der Rechtsperson (neben natürlichen und juristischen Personen) umgesetzt werden. Soweit eine vergleichbare Interessenlage besteht, kann durch die Anwendung von Grundrechten auf tierliche Personen deren Schutzposition im Vergleich zum geltenden Recht ganz erheblich aufgewertet werden.

Zweifelsfrei wären mit der Anerkennung tierlicher Grundrechte, wie eines absoluten Rechts auf Leben und körperliche und geistige Unversehrtheit, dem Recht auf Bewegungsfreiheit, dem Verbot der Folter und der grausamen Behandlung und der Abschaffung des Eigentumsstatus von Tieren durchgreifende Folgen für das Zusammenleben unserer menschlichen Gesellschaft mit Tieren verbunden. Wie die aktuellen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Münster (Urteile v. 20.5.2016 – 20 A 488/15 u. 20 A 530/15) zur Tötung von Eintagsküken zeigen, soll nach geltendem Tierschutzrecht bereits ein rein ökonomisches Interesse als vernünftiger Grund selbst für schwerste Verletzungen tierlicher Interessen herhalten können. Mit tierlichen Grundrechten wäre nicht nur derartige Praktiken, die bereits jetzt von einem Großteil der Bevölkerung als ethisch nicht mehr akzeptabel angesehen werden, sondern jede menschliche Nutzung von Tieren zum Zwecke der Ernährung, Bekleidung, Unterhaltung oder Forschung kaum zu rechtfertigen bzw. unvereinbar. Auch Stucki sieht, dass eine rechtliche Entwicklung zur Anerkennung von Tierrechten von einem gesellschaftlichen Wandel begleitet und von dem Willen unserer Gesellschaft getragen sein muss, die mit der rechtlichen Neupositionierung einhergehenden praktischen Veränderungen zu akzeptieren. Es wäre wünschenswert, wenn Stuckis Arbeit die Tür zur ernsthaften Diskussion über unsere ethischen Maßstäbe im Umgang mit Tieren und die Notwendigkeit von Tierrechten ein Stück weiter aufstoßen würde.

RA Dr. Tobias Schneider,
Berlin, Deutschland